



WAHLPROGRAMMAUSWERTUNG DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

Berlin, 27.01.2025

1. Wahlprogramm der SPD

Kurzbewertung: Aus Sicht der Internetwirtschaft ist insbesondere die Bündelung der Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung in einem Digitalministerium sinnvoll. Allerdings wäre auch über die Verwaltung hinaus eine stärkere Bündelung der Kompetenzen im Bereich der Digitalpolitik wünschenswert. Die Vorschläge der SPD zum Abbau von Bürokratie sowie zur Entlastung energieintensiver Großverbraucher sind positiv zu bewerten. Zusätzliche Transparenzpflichten über den Rahmen des Digital Services Act (DSA) hinaus sieht eco hingegen kritisch. Die Aussagen zum Umgang mit Daten im Betrieb bewertet eco ebenfalls kritisch, da hier eine Fragmentierung des Binnenmarktes im Bereich der Datennutzung drohen könnte. Zudem werden keine konkreten Aussagen zum Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie zur Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen getroffen.

▪ Digitaler Staat

Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung möchte die SPD in einem **Digitalministerium** (S. 35) bündeln und hierfür entsprechende finanzielle Mittel und Befugnisse bereitstellen. Nachgelagerte Behörden sollen effektiver kooperieren, um zentrale Projekte der Verwaltungsdigitalisierung schnell umzusetzen.

Verwaltungsprozesse möchte man KI-gestützt beschleunigen und automatisieren. Für die **flächendeckende Nutzung der eID** (S. 36), inkl. der EU-weiten Kompatibilität möchte man sich einsetzen. Um Verwaltungsdienste zentral zur Verfügung zu stellen, soll ein zentrales Bürgerkonto (DeutschlandID) eingeführt werden.

Der **Datenaustausch zwischen Behörden** (S. 36) soll vereinfacht werden und mittels eines Staatsvertrages zw. Bund und Ländern ein entsprechendes System aufgebaut werden. Die Registermodernisierung möchte man umsetzen.

▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Die SPD möchte Kompetenzen und Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung von Cybercrime stärken. Das **BSI soll als Zentralstelle für Cyber- und Informationssicherheit** (S. 42) fungieren.

Klare Regeln zur Bekämpfung von Hasskriminalität (S. 43) und Netzstrafen möchte man umsetzen und zudem Rechte von Betroffenen mit der Schaffung eines Verbandsklagerechts besser schützen und durchsetzen.

In Bezug auf globale Plattformen betont die SPD die Notwendigkeit von Selbstregulierung der Plattformen bzgl. dem **Schutz vor Desinformation** (S. 47), möchte jedoch wirksame Moderation einfordern. Auch möchte man



Plattformbetreiber verpflichtet, illegale Inhalte zu entfernen (S. 43), ihre **Algorithmen offenzulegen** (S. 47) und auf manipulative oder diskriminierende Praktiken zu prüfen. Die Vorgaben des DSA möchte man konsequent umsetzen.

Darüber hinaus sollen **effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation sowie ein digitales Gewaltschutzgesetz** (S. 43) zum Jugendschutz und zur Bekämpfung digitaler Gewalt beitragen.

▪ **Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt**

Die SPD möchte Bürokratie flächendeckend abbauen, insbesondere durch Vereinfachung und Digitalisierung von Prozessen sowie Dokumentations- und Berichtspflichten. **Genehmigungsfiktionen** (S. 35) sollen die Investitions- und Planungssicherheit fördern.

In Bezug auf die Datennutzung in Betrieben setzt die SPD auf eine Stärkung der Rechtssicherheit im **Umgang mit Daten in Betrieben** (S. 10). Auch möchte man die Mitbestimmung von Betriebsräten beim Einsatz von KI stärken.

Die **Nutzung von Daten und KI** (S. 27) möchte man insbesondere im Gesundheitswesen fördern. Auch möchte man eine faire Bereitstellung von Daten zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum gewährleisten.

Die **Forschung zu Technologien** (S. 7) wie KI oder Quantentechnologien soll sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene verstärkt werden. Zudem soll insbesondere bei der KI-Forschung die Gemeinnützigkeit im Vordergrund stehen.

Den europäischen **Binnenmarkt** (S. 6) möchte die SPD stärken, Digitales spielt dabei eine herausgehobene Rolle.

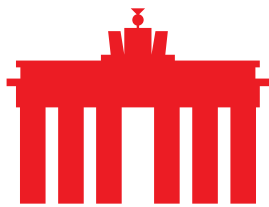
▪ **Infrastruktur & Energie**

Die SPD möchte **in digitale Netze investieren** (S. 2).

Die SPD möchte **Energiepreise senken und stabilisieren** (S. 3) und somit Planungs- und Investitionssicherheit gewährleisten. Insbesondere sollen Netzentgelte stabilisiert und gedeckelt werden. Auch energieintensive **Großverbraucher ohne Flexibilisierungspotenziale sollen dabei weiterhin von Entlastungen profitieren** können. Zur Entlastung aller Verbraucher möchte man die **Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß** (S. 4) absenken. Strom- und Wärmenetze sowie Speicherkapazitäten möchte man ausbauen.

▪ **Bildung**

Medienkompetenz (S. 47) sieht die SPD als Grundkompetenz im digitalen Zeitalter und möchte diese über Altersgruppen hinweg fördern. Um mehr digitale Bildung an Schulen zu ermöglichen, möchte die SPD den **Digitalpakt Schule fortsetzen** (S. 13) und aufwerten sowie im Rahmen eines neuen „Zukunftspaktes“ zusätzliche finanzielle Spielräume schaffen.



2. Wahlprogramm der CDU/CSU

Kurzbewertung: Die Schaffung eines Bundesdigitalministeriums mit umfassenden digitalpolitischen Kompetenzen ist positiv. Dieses muss allerdings auch mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden. Aus Sicht des eco könnte eine verstärkte Kooperation zwischen Bund und Ländern beim Thema Cybersicherheit mehr Kohärenz bei der Cybersicherheitsregulierung bringen. Die angekündigte Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ist aus Sicht der Internetwirtschaft als äußerst kritisch zu bewerten. Der geplante ganzheitliche Ausbau des Ökosystems digitaler Infrastrukturen sowie die Einstufung des Netzausbaus als überragendes öffentliches Interesse ist zu begrüßen. Ebenso begrüßenswert ist die Vermeidung einer Mehrbelastung von Stromgroßverbrauchern. Die Priorisierung von Digital- und Medienkompetenz in der Schulbildung inkl. der Einführung von Informatik als Schulfach ist positiv hervorzuheben.

▪ Digitaler Staat

Die CDU plant die Bündelung der Verantwortung für Digitalpolitik und Verwaltungsdigitalisierung in einem **Digitalministerium** (S. 28). Gleichzeitig sollen mindestens 10% des Verwaltungspersonals in Ministerien und dem Bundestag eingespart werden.

Der digitale Vollzug von Verwaltungsleistungen soll zum Standard werden. Hierbei soll das „**Once-Only**“-Prinzip (S. 77) konsequent umgesetzt werden. Ein Fokus soll zudem auch auf Unternehmenskonten liegen. Mit der **DeutschlandID** (S. 27) soll ein zentrales und eIDAS-kompatibles Bürgerkonto geschaffen werden. Für EU-weit interoperable digitale Ausweisfunktionen möchte man sich einsetzen. Schriftformerfordernisse sollen auf den Prüfstand gestellt werden.

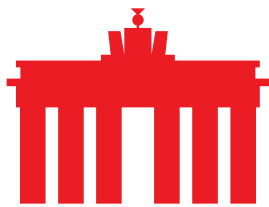
▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Das **BSI soll als Zentralstelle für Cyber- und Informationssicherheit im Geschäftsbereich des BMI** (S. 39) ausgebaut werden. Um auf dynamische Entwicklungen reagieren zu können, sollen Sicherheitsbehörden bei der Cybersicherheit mit den notwendigen Befugnissen und Mitteln ausgestattet werden. Kapazitäten auf **Bundes- und Länderebene sowie zivile und militärische Fähigkeiten sollen besser vernetzt werden** (S. 39). Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum möchte man weiterentwickeln und die Cyberreserve stärken.

Die **Vorratsdatenspeicherung möchte die CDU wieder einführen** (S. 38). Weitere Maßnahmen wie Onlinedurchsuchungen sollen ermöglicht werden. Die **DSGVO** (S. 29) möchte man mittels standardisierter Verfahren alltagstauglicher machen. Doppelstrukturen zum Datenschutz möchte man abbauen.

Den **DSA** (S. 39) möchte die CDU umsetzen und hierbei einen Fokus auf Transparenz, Bekämpfung von Desinformation und Jugendmedienschutz legen.

▪ Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt



Die CDU sieht KI als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Der **AI Act** (S. 27) soll bürokratiearm und innovationsfreundlich umgesetzt werden. Deutschland soll zum Kompetenzzentrum und Innovationsstandort für Zukunftstechnologien werden. Dazu sollen **3,5 % des BIP in die Forschung** (S. 3) etwa zu KI oder Quantencomputing fließen.

Die CDU sieht Daten als „das Gold des 21. Jahrhunderts“ und möchte daher insgesamt die **Nutzung von Daten vereinfachen** (S. 28). Vertragsfreiheit soll auch im Bereich der Datenpolitik eine Rolle spielen. Insgesamt wird eine Abkehr vom Grundsatz der Datensparsamkeit angestrebt.

Die Union strebt eine **One-in-two-out Regel für Bürokratie sowie ein „Anti-Gold-Plating-Gesetz“** (S. 15) an, um Bürokratie und Überregulierung einzudämmen. Die Stärkung des Nationalen Normenkontrollrates wird angestrebt.

Der **Digitale Binnenmarkt soll gestärkt werden** (S.28). Fokussiert werden klare einheitliche Regeln, ein modernes Wettbewerbsrecht, eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten.

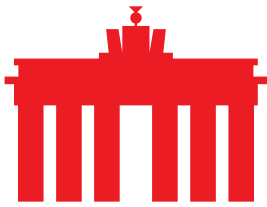
▪ **Infrastruktur & Energie**

Digitale Infrastrukturen, insbesondere **Rechenzentren, sieht die CDU als Voraussetzung (S.27)** für Innovation und Wettbewerb. Den Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen möchte man beschleunigen, um insbesondere auch ländliche Räume besser zu versorgen. Hindernisse hierfür möchte man beseitigen und mithilfe eines Beschleunigungs-Gesetzes den **Mobilfunk- und Glasfaserausbau als überragendes öffentliches Interesse** (S. 28) priorisieren, bis die Ausbauziele erreicht sind. Beim Glasfaserausbau setzt die CDU auf mehr Wettbewerb, Kooperationsmodelle und eine verlässliche Förderung.

Energieinfrastruktur soll ganzheitlich gedacht werden. Ein Fokus soll insbesondere auf dem **grenzüberschreitenden Energienetzausbau** (S. 19) liegen. Für den integrierten Ausbau des Energiesystems möchte man verstärkt privates Kapital mobilisieren. Stromgebotzonen sollen beibehalten werden. Netzentgelte möchte man reformieren und gleichzeitig **Belastungen für Großverbraucher ohne Flexibilität vermeiden** (S. 20). Den Ausbau aller klimafreundlichen und systemdienlichen Erzeugungskapazitäten möchte man vorantreiben.

▪ **Bildung**

MINT-Fächer sieht die CDU als Grundlage für die Zukunftssicherung und möchte daher sowohl verstärkt **Informatik als auch Digital- und Medienkompetenzen in die Lehrpläne** (S. 64) integrieren. Lehrkräfte möchte man für die Vermittlung dieser Kompetenzen forschungsbasiert qualifizieren und, wo notwendig, die nötige technische Ausstattung an weiterführenden Schulen verfügbar machen. Den **Digitalpakt Schule** (S. 64) möchte man fortführen.



3. Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen

Kurzbewertung: Die Pläne zur Verwaltungsdigitalisierung sowie der Plan, einen Digitalcheck einzuführen, sind positiv. Die Vereinfachung des Datenschutzrechtes sowie die möglichst unbürokratische Umsetzung des AI Acts sind zwar grundsätzlich positiv, Aussagen zur Urheberrechtsverschärfung bei Trainingsdaten sieht eco hingegen kritisch. Ebenfalls problematisch ist die Möglichkeit einer zusätzlichen Ausweitung des DSA. Die vorgeschlagene Anpassung des Schwellenwerts für KMU kann Unternehmen entlasten. Allerdings müssen aus Sicht von eco Unternehmen unabhängig von ihrer Größe von Bürokratie entlastet werden. Bessere Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Telekommunikationsnetzausbau sowie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sind positiv.

▪ Digitaler Staat

Digitalchecks sollen weiterentwickelt werden. Das „**Once-Only**“-Prinzip (S. 10) möchte man konsequent umsetzen. **Zentrale digitale Dienste** (S.18) wie die BundID und die Deutschland-App möchte man vorantreiben. Zudem sind **einheitliche IT-Standards** (S. 18) von Bund, Ländern und Kommunen für die Grünen von entscheidender Bedeutung.

▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Ein Cybersicherheitsstärkungsgesetz wird angestrebt. Zudem soll das **BSI als Zentralstelle für Cyber- und Informationssicherheit** (S. 60) gestärkt werden. **Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen die Grünen ab** (S. 50). Stattdessen möchte man auf Quick-Freeze setzen.

Das **Datenschutzrecht** (S. 19) soll vereinfacht und Doppelregulierungen in diesem Bereich abgebaut werden. Die Zuständigkeiten möchte man für bestimmte Sektoren bündeln.

Den **DSA möchte man konsequent umsetzen und, wo nötig, auch verbessern** (S. 50). Mithilfe eines Digitalen Gewaltschutzgesetzes soll Hassrede gelöscht und Accounts, welche dieses verbreiten, gesperrt werden können. Zudem möchte man **bessere Jugendschutzstandards** (S. 39) sowie Meldestellen für Missbrauchsdarstellungen im Netz etablieren und diese Inhalte gezielt löschen.

▪ Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt

Zukunftstechnologien wie KI oder Quantencomputing sollen gefördert werden. So wird angestrebt, dass **mindestens 3,5 % des BIP in die Forschung zu Schlüsseltechnologien** (S. 13) fließen und es sollen vermehrt Experimentierräume wie die Reallabore geschaffen werden. Auch möchte man Produktionskapazitäten für Schlüsseltechnologien vorantreiben.

Der AI Act soll möglichst unbürokratisch umgesetzt werden. Eine **Stärkung des Urheberrechts** (S. 54) bei KI-Trainingsdaten möchte man prüfen.



Digitale Geschäftsmodelle, etwa im Bereich KI oder Cybersicherheit, sollen grundsätzlich unterstützt werden. Zudem soll die **WIN-Initiative verlängert** (S. 11) werden und Start-ups von besseren steuerlichen Rahmenbedingungen profitieren. Zudem soll der **Schwellenwert für KMU** (S. 10) angehoben werden, sodass ein größerer Kreis an Unternehmen von KMU-Ausnahmeregelungen profitiert.

Den europäischen Binnenmarkt möchte man weiter fördern und um eine vertiefte **Digitalunion ergänzen** (S. 12).

▪ **Infrastruktur & Energie**

Es sollen bessere Rahmenbedingungen für den **eigenwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G** (S. 19) geschaffen werden. Insbesondere werden eine Genehmigungsbeschleunigung, die Nutzung alternativer Verlegemethoden sowie Open Access angestrebt. Den Ausbau in strukturschwachen und ländlichen Regionen möchte man durch eine Erhöhung der staatlichen Gigabitförderung vorantreiben. Die Mindestbandbreite möchte man schrittweise erhöhen, um die Verbraucherrechte zu stärken.

Um den Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien zu speisen, setzen die Grünen auf **Digitalisierung und Flexibilisierung des Energiesektors** (S. 22). Ein leistungsfähiger europäischer Strombinnenmarkt soll durch den Ausbau der Netze zu europäischen Nachbarn gefördert werden. Übertragungsnetzentgelte möchte man bezuschussen und die **Stromsteuer auf das europäische Minimum** (S. 22) senken. Der **Ausbau der Wärmenetze** (S. 23) soll durch eine verlängerte und gestärkte Förderung sowie öffentliche Bürgschaften für private Investitionen beschleunigt werden.

▪ **Bildung**

Die Digitalisierung des Schulwesens sehen die Grünen als Regierungsaufgabe. Mit einem „**Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung**“ (S. 35) sollen Schulen modernisiert werden. Eine stärkere Kooperation zwischen Bund und Ländern in Sachen Bildungspolitik wird angestrebt.

Digitale Bildung wird auch über schulische Bildung hinaus als wichtig angesehen und soll mit einem **Digitalpakt Alter** (S. 39) gefördert werden.



4. Wahlprogramm der FDP

Kurzbewertung: Die Schaffung eines Bundesministeriums für Digitalisierung ist positiv. Dieses muss allerdings auch mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden. Die Once-Only-Garantie und der Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen sind zu begrüßen. Der AI Act soll bei der Umsetzung deutlich innovationsfreundlicher gestaltet werden, was positiv zu bewerten ist. Ebenso positiv sind die klaren Bekenntnisse zur Netzneutralität, die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung sowie der Chatkontrolle. eco begrüßt zudem die geplante Einstufung des Netzausbaus als überragendes öffentliches Interesse sowie den Ausbau einer leistungsfähigen Rechenzentrumsinfrastruktur. Zusätzliche Haftungsregeln für Schäden, die durch Sicherheitslücken entstanden sind, sieht eco hingegen kritisch.

▪ Digitaler Staat

Die FDP möchte ein **Digitalministerium** (S. 34) einrichten, um Kompetenzen zur Verwaltungsdigitalisierung zu bündeln. Eine **Once-Only-Garantie** (S. 34) sowie einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen möchte man einführen. Verwaltungsdigitalisierung soll basierend auf dem „**Government as a Platform**“-Modell (S. 34) erfolgen. Mit einem zentralen **Bürgerkonto (DeutschlandID)** (S. 34), einem neuen digitalen Wallet sowie KI-Bürgerassistenten sollen digitale Behördengänge ermöglicht werden.

▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Im Bereich Cybersicherheit möchte die FDP die staatlichen Zuständigkeiten neu ordnen. **Staatstrojaner, Netzsperrern, Chatkontrollen, Uploadfilter und Vorratsdatenspeicherung lehnt die FDP ab** (S. 20). Stattdessen möchte man auf ein Quick-Freeze-Modell sowie geordnetes Schwachstellenmanagement für Cybersicherheit setzen. „Security by Design“ möchte man vorgeben und Haftungsregeln für Schäden, die durch Sicherheitslücken entstanden sind, etablieren.

Die FDP möchte die **Datenschutzaufsicht vereinheitlichen** (S. 9) und das Datenschutzrecht soll vereinfacht sowie die Durchsetzung durch eine einheitliche Auslegung verbessert werden.

Den **DSA möchte die FDP durchsetzen** (S. 23) und dabei darauf achten, dass Sorgfaltspflichten der Plattformbetreiber nicht zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen.

▪ Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt

Deutschland soll zu einem der weltweit stärksten Standorte für Künstliche Intelligenz werden (S. 7). Dafür möchte man eine Agentur für den Transfer von der Forschung in die Wirtschaft einrichten. Der europäische AI Act soll bei der Umsetzung deutlich innovationsfreundlicher gestaltet werden. Zudem soll die Verfügbarkeit von Trainingsdaten verbessert werden.



Die FDP möchte digitale Plattformen unterstützen und die **Datenverfügbarkeit** (S. 38) für intermodale Mobilität verbessern.

EU-Richtlinien möchte die FDP nur noch 1 zu 1 umsetzen (S. 9) und eine Sunset-Klausel für neue Gesetze einführen. Die Berichtspflichten aus dem „Green Deal“ der EU-Kommission möchte man abschaffen. Schriftformerfordernisse sollen entfallen.

Den EU-Binnenmarkt möchte die FDP vertiefen, insbesondere auch den **Binnenmarkt für digitale Dienstleistungen** (S. 48).

▪ **Infrastruktur & Energie**

Für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen und Rechenzentren möchte sich die FDP einsetzen. **Mobilfunk- und Glasfaserausbau sollen als überragendes öffentliches Interesse** (S. 37) eingestuft werden. Die FDP spricht sich für den Erhalt der **Netzneutralität** (S. 20) aus.

Die **Stromsteuer soll auf das EU-Mindestmaß** (S. 13) gesenkt und perspektivisch abgeschafft werden. Netzentgelte sollen reformiert werden. Durch Digitalisierung und dynamische Netzentgelte sollen die Netzkosten gesenkt werden. Erneuerbare Energien sollen vollständig in den Markt überführt werden. Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau sollen abgebaut und besser mit dem Ausbau von Erzeugungs- und Speicherkapazitäten koordiniert werden. Vordefinierte Ausbaupfade für einzelne Technologien und garantierte Abnahmepreise werden abgelehnt.

▪ **Bildung**

Die FDP möchte bundesweit **sowohl Medienkompetenz als auch Informatik in die Lehrpläne** (S. 6) bringen. KI-Methoden sollen verstärkt in die schulische Bildung integriert werden. Auch im Lehramtsstudium sollen digitale und KI-Kompetenzen vermittelt werden. Mit dem **Digitalpakt 2.0** (S. 5) sollen Schulen modernisiert werden. Zudem möchte man auch im schulischen Bereich auf direkte Vernetzung mit der Tech-Szene setzen.



5. Wahlprogramm der Linkspartei

Kurzbewertung: Die Linke spricht sich explizit gegen jegliche Überwachungsmaßnahmen im Netz aus, was positiv zu bewerten ist. Ebenso positiv ist das angestrebte Open Data- und Transparenzgesetz. Die Ablehnung des Dateneigentums bewertet eco negativ, da dies mit dem EU-Recht kollidieren und die Attraktivität von Investitionen in die Datenerhebung verringern kann. Die Festlegung, wenn möglich, keine proprietäre Software mehr einzusetzen, droht die Digitalisierung der Verwaltung zu gefährden und zurückzuwerfen. Die Skepsis in Bezug auf die Nutzung und Förderung von KI sieht eco kritisch. Zusätzliche regulatorische Vorgaben für den Ressourcenverbrauch digitaler Infrastrukturen lehnt eco ab.

▪ Digitaler Staat

Wo dies möglich ist, möchte die Linke **keine proprietäre Software in der öffentlichen Verwaltung** (S. 62) mehr einkaufen oder einsetzen. Stattdessen möchte man auf selbstentwickelte Open-Source-Lösungen setzen. Zudem möchte man das **Recht auf Open Data** (S. 62) auf alle öffentlich erhobenen Daten anwenden, auch bei privat angebotenen öffentlichen Leistungen. Den elektronischen Personalausweis und die Gesundheitskarte möchte man weiterhin an eine physische Chipkarte binden.

▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Die Linke möchte IT-Sicherheitslücken schließen, Forschung in diesem Bereich ermöglichen und das **BSI unabhängiger machen** (S. 62). Das BSI soll zudem auch verstärkt Kommunen und KMU unterstützen.

Die Linke möchte Überwachungsmaßnahmen wie **Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft, Staatstrojaner, Chat-Kontrolle und biometrische Videoüberwachung verbieten** (S. 49).

Um den **DSA umzusetzen** (S. 62), möchte die Linke die BNetzA mit zusätzlichen Mitteln ausstatten. Zudem sollen zusätzliche **Transparenz- und Haftungsstandards für Onlineplattformen** (S. 61) eingeführt werden.

▪ Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt

Dateneigentum lehnt die Linke ab (S. 62). In der Nutzung von Daten durch große Unternehmen werden eher Risiken gesehen. Gegenüber dem autonomen Fahren zeigt sich die Linke aufgrund datenschutz- und haftungsrechtlicher Bedenken skeptisch. Ein **Open Data- und Transparenzgesetz** (S. 62) wird angestrebt.

Die **Erforschung digitaler Technologien** (S. 62) wie KI möchte die Linke unter den Vorbehalt einer gesellschaftlichen Debatte stellen. Die Nutzung urheberrechtlich geschützter Daten für KI-Trainings soll vergütet werden. Das Kartellrecht möchte man stärken, um **digitale Monopole** (S. 62) zu zerschlagen.

▪ Infrastruktur & Energie

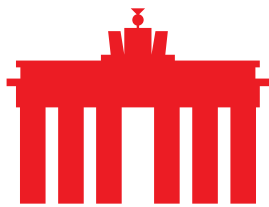


Den **Ausbau digitaler Netze** (S. 61) möchte die Linke kommunal fördern. Dabei soll Doppelausbau vermieden werden. Download-Geschwindigkeiten möchte man unter Deckelung der Preise erhöhen.

Um Energiepreise zu stabilisieren, soll eine neue Preisbehörde geschaffen werden, um **Preiserhöhungen im Energiesektor zu beschränken** (S. 3). Die Stromsteuer möchte man auf das europäische Mindestmaß absenken. **Energienetze möchte man verstaatlichen** (S. 34) und erneuerbare Energien zudem verstärkt aus öffentlichen Mitteln ausbauen. Den Energie- und **Ressourcenverbrauch der Digitalisierung** (S. 62) möchte die Linke mittels rechtlicher Vorgaben senken, insbesondere durch verstärkte Vorgaben für Rechenzentren.

- **Bildung**

Medien- und Datenschutzkompetenz (S. 53) soll möglichst früh gefördert werden. Dafür möchte man insbesondere Lehrer entsprechend in KI, Datenschutz und digitaler Technik schulen. Die Linke möchte Schulen digitalisieren und dabei insbesondere auf Open Source setzen. Mit einem **Digitalpakt Hochschule** (S. 56) möchte man die universitäre Bildung digitalisieren.



6. Wahlprogramm des BSW

Kurzbewertung: Das angestrebte zentrale Online-Portal für Bürger und Unternehmen als „One-Stop-Shop“ sowie die Umsetzung des Once-Only-Prinzips sind positiv. Ein Verbot für das Sammeln von Verhaltensdaten kann zu Konflikten mit dem EU-Recht führen und ist daher negativ zu bewerten. Die Abkehr von Klimaneutralitätszielen ist als äußerst kritisch einzustufen. Ebenso negativ ist die Ablehnung digitaler Lernmethoden.

▪ Digitaler Staat

Das BSW strebt ein zentrales Online-Portal für Bürger und Unternehmen als **One-Stop-Shop** (S. 13) für alle behördlichen Dienstleistungen an. Das **Once-Only-Prinzip** (S. 13) soll umgesetzt werden. Software von US-Unternehmen möchte man durch **Open-Source-Lösungen** (S. 38) ersetzen. Öffentlich finanzierte Güter möchte man frei zur Verfügung stellen und die entsprechenden **Open-Access-Infrastrukturen** schaffen.

▪ Cybersicherheit & Rechtsdurchsetzung im Netz

Das BSW möchte **internationale Abhängigkeiten beenden** (S. 38) und spricht sich gegen Überwachung aus. Digitalen Verbreitungsplattformen steht das BSW kritisch gegenüber.

▪ Wettbewerbsfähigkeit & EU Binnenmarkt

Frei verfügbare KI-Modelle sollen gefördert werden, wobei diese nicht durch die Privatwirtschaft genutzt werden sollen. Software-Hersteller sollen bei Marktaustritt verpflichtet werden, ihre Produkte als **Open Source** (S. 38) zur Verfügung zu stellen.

Die **Sammlung und Nutzung individueller Verhaltensdaten sollen gestoppt werden** (S. 27) und erhobene Daten nach einem Jahr gelöscht werden müssen. Die SCHUFA soll strenger reguliert werden.

Mit einem nationalen Tag der Entrümpelung soll **Bürokratie abgebaut** (S. 14) werden.

Bis 2030 möchte das BSW die **Ausgaben für Forschung auf 4% des BIP** (S. 8) steigern und insbesondere in Zukunftsindustrien investieren.

▪ Infrastruktur & Energie

Mittels langfristiger Energieimportverträge möchte das BSW die Energiepreise senken. **Mischtechnologien sollen anstelle von 100% klimaneutralen Technologien** (S. 4) gefördert werden. Energienetze möchte man verstaatlichen und mit öffentlichen Mitteln ausbauen. Zudem soll verstärkt Abwärme aus industriellen Prozessen und Rechenzentren wiederverwendet werden.

▪ Bildung



Digitale Lernmethoden lehnt das BSW insbesondere in der Grundschule ab. Generell werden **analoge Lernmittel bevorzugt** (S. 19). Jedoch sollen Open-Source-Software und KI-Modelle auch für die Bildung frei verfügbar sein.

Über eco: Mit rund 1.000 Mitgliedsunternehmen ist eco (www.eco.de) der führende Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, schafft Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. eco hat Standorte in Köln, Berlin und Brüssel. eco setzt sich in seiner Arbeit vorrangig für ein leistungsfähiges, zuverlässiges und vertrauenswürdiges Ökosystem digitaler Infrastrukturen und Dienste ein.